



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 8 - V - 0 5 - 0 0 1 6**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) V / IV

Barrierefreiheit Kransand/Hochkreisel
Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	<input type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht		

Bestätigung Dezernenten

Andreas Kowol
Stadtrat

Hans-Martin Kessler
Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Planung und Bau eines Personenaufzuges inkl. Zuwegung zur barrierefreien Verbindung Kransand/ Brückenkopf Theodor-Heuss-Brücke sowie einer Stützwand als Voraussetzung für eine Straßenverbreiterung im Bereich Brückenkopf/ Rampenstraße.

Anlagen:

- Anlage 1: Lagepläne
- Anlage 2: Mögliche Endausbaustufe mit allen Maßnahmen
- Anlage 3: Machbarkeitsstudie für Rampe zwischen Bahnsteig 2/3 im Bahnhof Kastel und Personenunterführung

C Beschlussvorschlag

Dez. V wird beauftragt,

1. die Planung und den Bau eines Personenaufzuges inkl. Zuwegung zur barrierefreien Verbindung Kransand/ Brückenkopf Theodor-Heuss-Brücke umzusetzen.
2. die Planung und den Bau einer Stützwand als Voraussetzung für eine Straßenverbreiterung im Bereich Brückenkopf/ Rampenstraße umzusetzen. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass sich diese Maßnahme in gestalterischer und funktionaler Hinsicht in die Planung des Kransands integriert.
3. Darüber hinaus die Erkenntnisse aus der Machbarkeitsstudie der DB (Anlage 3) für eine Verbindungsrampe zwischen Bahnsteig 2/3 im Bahnhof Kastel und der bestehenden Personenunterführung auszuwerten, eine Empfehlung für eine der drei Varianten zu erarbeiten und die Maßnahme für den Haushalt 2020/21 der Landeshauptstadt Wiesbaden anzumelden.

D Begründung

/

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

/

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

/

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerichte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerichte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

Das Maßnahmenpaket erleichtert die Wege- und Umsteigebeziehungen zwischen Kastel Ortskern, Rheinufer, den ÖPNV-Haltestellen auf dem Hochkreisel und Bahnhof erheblich. Nutzerinnen und Nutzer von Rollstühlen, Rollatoren und Kinderwagen werden dadurch in die Lage versetzt, sicher und auf kurzem Wege ihr Ziel zu erreichen.

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Mit der geplanten, nachfolgend näher beschriebenen Maßnahme, wird aus städtebaulicher Sicht die Chance ergriffen, dass bereits im ersten Bauabschnitt in Umsetzung befindliche Projekt „Kransand“ (ehem. Betriebsflächen der Fa. Menz) funktional und gestalterisch, und damit für die zukünftige Nutzung, sinnvoll zu ergänzen.

Bereits in dem durch die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2018 beschlossenen IEHK-Wiesbadener-Straße, welches mit breiter Beteiligung der Bürgerschaft erarbeitet wurde, wird deutlich, dass der Planungsraum im Umfeld des Kransand einer räumlich barrierefreien Verzahnung mit den umgebenden Verkehrsträgern und Freiflächen bedarf.

Die Verkehrssimulationen für die Theodor-Heuss-Brücke und die vor- und nachgelagerten Straßenabschnitte, insbesondere den Hochkreisel Kastel haben ergeben, dass zur Verbesserung der Verkehrssituation sowohl mit als auch ohne CityBahn eine neue Führung der Fußgängerströme unbedingt erforderlich ist. Bei dieser neuen Führung ist eine Beampelung vorgesehen, die sowohl die Leistungsfähigkeit als auch die Verkehrssicherheit entscheidend erhöht. Zu dieser neuen Führung gehört ein Personenaufzug vom Kransand zum Hochkreisel, wodurch sich wesentlich die Zugangszeiten, insbesondere auf der Rheinseite, für die Bus-fahrgäste und bei der Realisierung der CityBahn auch für deren Fahrgäste verkürzen. Außerdem wird geprüft, für den DB-Bahnhof Kastel eine Rampenverbindung vom Mittelbahnsteig (Gleis 2/3) zur vorhandenen Fußgängerunterführung (Rathausstraße - Kransand/ Rheinufer) zu bauen. Diese Rampenverbindung würde eine deutliche Verbesserung der barrierefreie Umsteigebeziehung von DB zu Bus und ggf. CityBahn und umgekehrt ermöglichen.

Die Realisierung des Personenaufzuges erfordert auf der Straße des Hochkreisels eine Verbreiterung. Diese notwendige Verbreiterung soll soweit verlängert werden, dass bei einer Realisierung der CityBahn auch eine Haltestelle angelegt werden kann. Durch die Verlängerung des verbreiteten Bereiches ist in jedem Fall auch eine konfliktfreie Führung für den Fußgänger-/ Radverkehr in diesem Bereich möglich. Falls die CityBahn nicht gebaut wird, könnte demnach die Verbreiterung insbesondere dem Fuß- und Radverkehr zugute kommen. Darüber hinaus stünde sie bei einer in Zukunft anstehenden Sanierung des Hochkreisels als Ausweichfläche für den Auto- und Busverkehr zur Verfügung, sodass eine Vollsperrung dieses Nadelöhrs vermieden werden kann.

Die Stützwand selbst stellt einen städtebaulich passenden Abschluss für den Kransand als urbane Freizeitfläche dar. Mit Nutzungen als Graffitifläche (vgl. Festival „Meeting of Styles“) und Kletterwand schafft sie einen Mehrwert für das gesamte Projekt.

Nach verbindlicher Absprache mit Bund und Land sind die Baukosten für Personenaufzug und Stützwand bei einer Realisierung der CityBahn förderfähig auch, wenn die Baukosten vor der Erteilung eines Förderbescheides entstehen (förderfähige vorgezogene Baumaßnahme). Der kurzfristige Beginn von Planung und Bau von Personenaufzug und Stützwand ist notwendig, weil anderenfalls die bereits beschlossene und mit einer Förderzusage des Landes versehene Umgestaltung des Bereiches Kransand zeitlich nach hinten verschoben werden müsste und damit die Förderzusage entfallen würde. Oder aber die Umgestaltung würde fördergerecht

jetzt durchgeführt, und ein wesentlicher Teil würde bei späterer Realisierung von Aufzug und Stützwand zerstört und müsste ohne Fördermittel erneut wiederhergestellt werden.

Die Kosten für Planung und Bau von Aufzug und Stützwand betragen laut aktuellem Planungsstand:

Stützwandkonstruktion inkl. Gründung:	1,6 Mio EUR
Aufzugsanlage mit Brückenkonstruktion:	0,5 Mio EUR
Geländekonstruktion und Gestaltung Böschung:	0,2 Mio EUR
Planungs- und Gutachterkosten:	0,4 Mio EUR

Sie sind in der Mittelfristplanung der CityBahn GmbH für 2020/21 enthalten. Sie sind daraus ggf. auf das Jahr 2019 vorzuziehen.

Da der Personenaufzug in Richtung Rheinufer gebaut werden soll, kommt dem Hochwasserschutz eine erhöhte Bedeutung zu. Im Rahmen der laufenden Grundlagenermittlungen wurden bereits Maßnahmen zur Hochwasservorsorge betrachtet, da Hochwasserereignisse (Grenzbereich HQ 100) grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden können.

Hierzu gehören z.B. eine Anordnung von Aufzugstechnik im Dach- statt im Schachtbereich und eine definierte Parkposition der Aufzugskabine auf überschwemmungsfreier Höhe. Dazu kommen auch Entwässerungsvorkehrungen, die nach einem nicht auszuschließenden Überschwemmungsereignis eine schnelle Entwässerung und Reinigung ermöglichen.

Die in Beschlusspunkt 3 genannte Maßnahme steht in keinem organisatorischen oder finanziellen Zusammenhang mit den Maßnahmen der CityBahn GmbH am Hochkreisel, sondern nur in einem räumlichen. Alle drei Maßnahmen ermöglichen im Zusammenspiel ein Optimum an neuen, barrierearmen Umsteigebeziehungen zwischen den verschiedenen bereits vorhandenen und ggf. neuen Verkehrsmitteln.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Ohne Realisierung der Stützwand im Jahr 2019 würde sich gemäß Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung (Vorlage Nr. 18-V-61-0003; Beschlusspunkt 11) die Maßnahme Kransand 2. Bauabschnitt so weit verzögern, dass Fördermittel des Programms „Stadtumbau Kostheim/Kastel“ in Höhe von ca. 500.000 Euro verfallen würden. Da diese Lücke nicht mit Eigenmitteln geschlossen werden kann, wäre die Realisierung des Projektes Kransand/Kies Menz damit auf unbestimmte Zeit in Frage gestellt.

Wiesbaden, 10. Oktober 2018

Kowol
Stadtrat

Kessler
Stadtrat